

GASTKOMMENTARE

ÜBERFORDERUNG DURCH KLIMASCHUTZ?

Entlastung tut not

PRO



Niklas Zábóji, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Mehr Turbo beim Klimaschutz zu fordern ist schwer in Mode. Im gleichen Atemzug auf pendelnde Dieselfahrer und Windkraftgegner zu schimpfen leider auch. Dabei muss, wer sich um den Zusammenhalt und Wohlstand von morgen bemüht und nicht bloß „grün“ inszeniert, dem Bürger mehr bieten als Belehrungen und einen wachsenden Wust an Vorschriften – und das meint vor allem den Bürger auf dem Land. Denn ob Stromtrassen, Erneuerbaren-Ausbau oder Kohleausstieg, der Umbau zur klimaneutralen Industrialisierung wird zwar in den Städten geplant, ausgetragen aber primär in Westfalen, Rhön und Lausitz. Und dort ist die Skepsis schon heute groß angesichts einer Energiewende, die bislang viel gekostet und wenig gebracht hat. Was auch daran liegt, dass Windräder dank Subventionsmilliarden nicht immer an wirtschaftlichen Orten stehen. Zu mehr Akzeptanz verhelfen zuallererst Einfachheit und Kosteneffizienz: Erhebt der Staat CO₂-Abgaben, muss er den Bürger an anderer Stelle spürbar entlasten. Pro-Kopf-Rückzahlungen sind dabei sozialpolitisch das Mittel der Wahl, legen Ökonomen überzeugend dar. Auch der Wegfall von EEG-Umlage und Stromsteuer ist überfällig – und würde viele Eigenheimbesitzer im ländlichen Raum von selbst dazu motivieren, den Ölkesel durch eine elektrische Wärmepumpe zu ersetzen. Fördertöpfe wie die E-Autoprämie hingegen kommen viel zu oft jenen zugute, die in Berlin-Zehlendorf und München-Schwabing wohnen und das Geld wahrlich nicht brauchen. Keine Frage: Wer auf den „grünen“ Turbo drückt, muss manche Gewohnheit zurücklassen. Wenn dabei Ordnungsrecht über Konsumfreiheit obsiegt, macht aber vor allem der Bürger auf dem Land nicht mit.

Eher ein Glücksfall

CONTRA



Wolfgang Mulke, freier Journalist

Der Zwang zum Klimaschutz und die Digitalisierung entwickeln sich für viele ländliche Räume zu einem Glücksfall. Denn die idealistische Vorstellung vom schönen Landleben trägt schon lange. Die kleinen Höfe sterben, weil Weltmarktkonkurrenz sie in die Knie zwingt. Es überleben Agrarfabriken, die kaum noch Leute brauchen. Einzelhandel, ein attraktives Kulturangebot oder der schnelle Internetanschluss sind oft Mangelware, die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel ist selten gut. Die Abwanderung in wachsende Ballungsräume ist die Antwort auf diese Nachteile. Der Klimaschutz zwingt zu Veränderungen, die eine Wiederbelebung der ländlichen Gebiete bewirken können, sofern dies politisch auch gefördert wird. Nötig ist eine massive finanzielle Unterstützung für den Umbau der Landwirtschaft. Das hilft einerseits den kleineren Höfen, andererseits der Umwelt und der Landschaftspflege. So wird der ländliche Raum intakter und attraktiver. Die zweite wichtige Baustelle ist ein gut ausgebautes, umweltfreundliches öffentliches Verkehrsnetz. Mobilität und eine gute Anbindung an die nächsten Zentren erhöht die Lebensqualität in kleineren Kommunen. Diese Verkehrswende ist längst Bestandteil fast aller Parteiprogramme. Die Digitalisierung wiederum erlaubt nicht nur der Landwirtschaft Produktivitätszuwächse. Breitbandinternet oder der 5G-Standard im Mobilfunk ermöglichen die Ansiedlung von Betrieben abseits der Ballungszentren ebenso wie die Arbeit im Homeoffice, die allen Prognosen zufolge als positives Erbe der Pandemie Trend bleiben wird. Der ländliche Raum wird so attraktiv für Stadtflüchtlinge. All diese Chancen gilt es zu nutzen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 11. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Tebroke, immer wieder ist zu lesen, dass die Corona-Pandemie einen Trend raus aus der Stadt zum Landleben beflügelt. Sehen Sie diesen Trend auch?
Ich würde noch nicht von einem starken Trend sprechen, aber freue mich, dass es eine größere Wertschätzung gibt für die Möglichkeiten, im ländlichen Raum zu leben.

Was bietet der ländliche Raum mehr als die Stadt? Selbst manche Wildtiere wie Füchse sieht man eher in der Stadt.
Der ländliche Raum hat sehr viel zu bieten, insbesondere die Naturnähe. Er ist viel stärker von Wäldern, von Landwirtschaft geprägt und er hat in der Regel einen höheren Erholungswert. Die Siedlungsdichte ist deutlich geringer, was auch dazu führt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ausgeprägter ist. Die Menschen kennen einander, es gibt eine höhere Verbundenheit, ein stärker ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement. Das macht ländlichen Raum aus. Man muss aber auch unterscheiden zwischen den ländlichen Räumen selbst.

Inwiefern?
Ländliche Räume unterscheiden sich insbesondere darin, ob es nahe Ballungsräume gibt oder nicht. Das hat viele Konsequenzen, etwa für Infrastrukturanforderungen.

Ihr Wahlkreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, grenzt an Köln, hat gute Verkehrsverbindungen und ländlichen Raum.
Das stimmt. Wir haben die Vorteile zweier Welten miteinander verbunden: die Nähe zur Natur und die Nähe zu den Ballungsräumen mit ihren kulturellen Angeboten und ihrer wirtschaftlichen Kraft.

In abgelegenen Regionen werden wegen des Bevölkerungsschwunds Einrichtungen stärker zentralisiert, vom Schwimmbad bis zum Krankenhaus, und die Entfernungen dann größer, weshalb noch mehr wegziehen.
Die Erreichbarkeit von Versorgungsleistungen ist ein wesentlicher Punkt, wie auch die Erreichbarkeit von Arbeitsmöglichkeiten. Wichtig ist und bleibt eine gute Verkehrsanbindung. Wenn Arbeitsplätze und Angebote des täglichen Bedarfs in dünner besiedelten Gebieten nicht verfügbar oder wegen mangelnder öffentlicher Verkehrsanbindung nur schlecht zu erreichen sind, werden Menschen – auch wenn es ihren Präferenzen möglicherweise nicht entspricht – stadtnäher wohnen müssen. Wenn eine leistungsfähige digitale Infrastruktur eine Flexibilisierung des Arbeitsortes ermöglicht, kann man lange Wege meiden und die Vorteile des ländlichen Raums noch besser nutzen. Ich beobachte auch hier in den etwas – wie Sie sagen – „abgelegenen“ Teilen des Bergischen Landes mehr Standortentscheidungen zugunsten des ländlichen Raums, wenn zum Beispiel Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber Arbeit im privaten Homeoffice oder in Co-Working-Spaces ermöglichen.

In Deutschland gibt es noch immer nicht flächendeckend schnelles Internet.
Ja. Das macht mich auch sehr ungeduldig. Natürlich lässt sich digitale Infrastruktur wirtschaftlicher in Ballungsräumen ausbauen. Darum halte ich es für wichtig, den Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen Raum mehr zu fördern. Je schneller und besser dieser Ausbau gelingt, desto attraktiver werden die ländlichen Räume – für Privathaushalte, Bildungseinrichtungen, Arbeitnehmer und Unternehmen, die auf der Grundlage digitaler Infrastrukturen immer unabhängiger vom physischen Standort neue Arbeitsstrukturen aufbauen können. Das ist eine ganz großartige Perspektive für ländliche Räume.

Muss der Bund hier in der nächsten Wahlperiode einen Schwerpunkt setzen?
Es ist dringend notwendig, da noch mehr zu tun. Sicher wurde in den letzten Jahren für den Ausbau der digitalen Infrastruktur auf dem Land einiges unternommen, auch bundespolitisch, aber eben noch nicht genug. Dabei geht es nicht um eine Aufgabe des „sozialen Ausgleichs“ oder der „Nachhilfe für zurückgebliebene Regionen“.

»Sehr viel zu bieten«

HERMANN-JOSEF TEBROKE
Der CDU-Abgeordnete und Ex-Landrat über Chancen und Belastungen ländlicher Räume



© Laurence Chaperon

Es ist dringend notwendig, da noch mehr zu tun. Sicher wurde in den letzten Jahren für den Ausbau der digitalen Infrastruktur auf dem Land einiges unternommen, auch bundespolitisch, aber eben noch nicht genug. Dabei geht es nicht um eine Aufgabe des „sozialen Ausgleichs“ oder der „Nachhilfe für zurückgebliebene Regionen“.

Sondern?
Um gleichwertige Lebensverhältnisse. Um Chancengleichheit und Kooperation. Wenn man von ländlichen Räumen spricht, redet man so leicht und missverständlich von „denen da draußen“, denen Unterstützung zuteilwerden müsse. Wir

müssen stattdessen erkennen, dass der ländliche Raum und die Ballungsräume einander eine Menge bedeuten und liefern können. Der städtische Raum braucht den ländlichen, und der ländliche Raum braucht den städtischen. Das ist deutlich in ballungsnahen Räumen zu sehen, bei denen zum Beispiel Großstädte die Anforderungen an Wohnraum nicht mehr erfüllen können und Unternehmen nur dann Arbeitskräfte finden, wenn sie ihnen und ihren Familien ein attraktives, vielleicht naturnahes Wohnumfeld bieten. Da erkenne ich eine wachsende Einsicht und Kooperationsbereitschaft zwischen ländlichen Räumen und den Ballungsräumen.

Zum Beispiel?
Es gibt hier eine solche Zusammenarbeit in der Region Köln/Bonn, bei der man schaut, was die jeweiligen Stärken des Ballungsraums und des ländlichen Raums sind, und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit beide etwas voneinander haben. Das wird auch durch Förderprogramme unterstützt. Ländliche Räume haben auch Menschen mit Hauptwohnsitz in Ballungsräumen viel zu bieten – nicht nur ihren Beitrag zum Klimaschutz oder ihr Angebot zur Naherholung.

Mehr Menschen auf dem Land heißt auch mehr Zersiedelung, mehr Oberflächenversiegelung, mehr Energieverbrauch durch mehr Individualverkehr.
Es werden ja nicht nur auf dem Land Flächen verbraucht. Auch Siedlungskonzepte, Flächennutzungs- und Bebauungspläne haben sich weiterentwickelt. Bauen erfolgt flächensparender. Mit geschickter Siedlungspolitik lässt sich auch auf dem Land umweltfreundlich Wohnraum schaffen.

Der Klimaschutz fordert den ländlichen Raum besonders: Er stellt den Platz für Windräder; Autofahren wird teurer.
Bei der Energiegewinnung – zumal über Windkraftanlagen – gibt es ein Akzeptanzproblem. Hier könnten Beteiligungsmodelle helfen, bei denen die Bürger vor Ort am finanziellen Erfolg der Anlagen teilhaben und erkennen, dass das auch für sie von wirtschaftlichem Nutzen ist.

Und beim Autofahren?
Dass wir auch beim Autoverkehr mehr für den Klimaschutz tun müssen, ist auch den Menschen im ländlichen Raum bewusst. Diesbezügliche Entscheidungen müssen auf die Bedingungen vor Ort Rücksicht nehmen und dürfen nicht nur aus einer rein großstädtischen Perspektive getroffen werden. Dort kann das Auto vielleicht an die Seite gestellt werden, weil es Tag und Nacht genug Busverbindungen und viele S-Bahn-Anschlüsse gibt. Das ist auf dem dünner besiedelten Land nicht gegeben. Dort brauchen Sie andere Konzepte. Sie brauchen deutlich mehr Unterstützung für den Ausbau eines umweltfreundlichen Öffentlichen Personennahverkehrs, ob beim Ausbau des elektrifizierten Schienenverkehrs oder der Umstellung von Bussen auf Wasserstoffantriebe. Aber so sehr wir den Busverkehr ausbauen oder Bahnstrecken reaktivieren mögen: Wir brauchen auch umweltgerechte Konzepte für Individualverkehr – ohne den Individualverkehr kommen wir in der Fläche nicht aus.

Wie können die aussehen? Ein dichtes Ladesäulen-Netz für Elektroautos?
Es gibt auf dem Land durchaus Möglichkeiten, regenerative Energie dezentral und haushaltsnah zu gewinnen, etwa über Photovoltaikanlagen. Bei entsprechenden Anreizen und Ausstattung wird auch für ländliche Haushalte die Anschaffung eines Elektrofahrzeugs Sinn machen. Ein dichtes Netz an Ladesäulen ist wichtig. Ich sehe hier vor Ort ein großes Interesse, auch an dieser Stelle am Klimaschutz mitzuwirken.

Die Fragen stellt Helmut Stoltenberg. Hermann-Josef Tebroke (57) gehört dem Bundestag seit 2017 an. Der CDU-Abgeordnete und frühere Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises sitzt unter anderem im Finanzausschuss sowie im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Das Küstenkind: Hagen Reinhold

Hagen Reinhold irritiert etwas: „Die politischen Reibungsflächen in Deutschland verlaufen zunehmend zwischen städtischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen“, sagt der FDP-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Rostock – Landkreis Rostock II. „Oft haben Städte keine Ahnung, wie es im ländlichen Raum aussieht.“ Die Idee etwa, Parken für SUV-Fahrer zu verteuern, sei typisch städtisch, interessiere aber auf dem Land nicht. Da gibt es keine Parkprobleme. Es ist Sonntag, Reinhold ruft nach dem Mittagessen an, Salat mit Carpaccio vom Rind, eine Verschnaufpause im Wahlkampf; Reinhold tritt bei der Bundestagswahl wieder auf Platz Eins der FDP-Landesliste an. Dafür fährt der in Wismar geborene 43-Jährige in einem zum Büro umgebauten Sprinter durchs weitläufige Land. „Ich rede immer mit den Menschen, kann gar nicht sagen, wann der Wahlkampf begann.“ Reinhold ist ein nahbarer Politiker. Im Gespräch landet er rasch beim „wenn du...“. Sein Wahlkreisbüro, dessen Räumlichkeiten er nicht komplett ausgelastet sieht, stellt er bei Bedarf zur Verfügung. Die Grünen seien mal vorbeigekommen oder junge Startup-Gründer. Zu dem Beispiel mit den Parkplätzen für SUV sagt er: „Wir haben auf dem Land eine völlig andere Art des Verkehrs.“ Zum Beispiel auch, dass während der 40 Kilometer langen Fahrt zwischen Wismar und Schwerin der Handypemphing mindestens viermal zusammenbreche. „Ein funktionierendes Mobilfunknetz wurde über Jahre verschlafen“, sagt er. Dabei sei die digitale Grundausstattung ein „Must-Have“: „Ich

brauche kein Finanzamt um die Ecke, wenn ich alles digital regeln kann.“ Gerichte müssten auch nicht nah am Wohnhaus sein, sondern eher schneller Urteile fällen. „Anders ist es mit allem Blaulicht: Krankenwagen, Feuerwehr und Polizei darf keinen Rückzug antreten“, fordert er. Reinhold denkt gern lösungsorientiert. Fragt sich zum Beispiel, warum andere Großstädte mit Schnellbahnen umfangreich den ländlichen Raum anbinden und Berlin nicht. „Die Ballungsräume kriegen doch mehr Druck. Die Mieten steigen, Home Office



»Die Reibungsflächen in Deutschland verlaufen zunehmend zwischen städtischem Ballungsraum und ländlichen Regionen.«

wird attraktiver – da ist das Leben auf dem Land eine Option, die mehr genutzt werden kann.“ Daher sehe er auch im Aufgeben dünn besiedelter ländlicher Regionen kaum einen Ausweg. „Wer weiß, wie die Bedarfslage in 15 Jahren aussieht? Wenn etwa 3D-Druck immer mehr Aufgaben im Alltag übernimmt, es wieder einen Trend hin zu Dörfern gibt?“ Schließlich sei es im-

mer teurer, neue Immobilien zu bauen als alte zu erhalten – oder neue Straßen zu legen statt bestehende zu pflegen. Reinhold weiß, wovon er spricht. Er lernte nach der Mittleren Reife Maurer und Betonbauer, wurde Meister und stieg in den 1990er Jahren in die Baufirma seines Vaters ein. „Die wollte er schon in der DDR gründen, aber das durfte er nicht“, erinnert sich Reinhold. „Er galt als zu unbehagen.“ Er komme nicht aus einem sehr politischen Haushalt, sagt er. Aber der freiheitliche Gedanke, der ihn dann zur FDP geführt habe, sei stark ausgeprägt gewesen. „Am Anfang meines politischen Engagements standen Kommunalfragen wie: Warum ändert das keiner? Wer kümmert sich darum?“, sagt er. Mit 24 Jahren wurde er FDP-Mitglied. Keine vier Jahre später wurde er zum Landessekretär in Mecklenburg-Vorpommern gewählt – in einer kleinen Partei in einem kleinen Land. „Die FDP ist von allen Parteien am wenigsten kollektivistisch“, sagt er. Parallel zur ehrenamtlichen Parteiarbeit führte er die Firmengeschäfte, engagierte sich in der IHK. 2013 folgte der überraschende Sprung in den Bundestag, als Nachrücker – doch nur für ein paar Monate, im September 2013 schaffte die FDP nicht mehr den Einzug in den Bundestag. 2017 dann die Rückkehr, mit Reinhold als „echtem Küstenkind“ an Bord. Dort steht er der Landesgruppe Ost der Fraktion vor, sitzt im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen. „Das ist alles nur auf Zeit“, sagt er. „Es ist gut, dass immer neue Leute reinkommen.“ Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
N. N.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah) v.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brübler (lbr)
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
6. August 2021

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.